

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den Tannen

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Wagners: Monatl. d. Post A. 1.20 einchl. 10 J. Bezugs-Geb. 12.00 J. Zustellungsgeb.; d. Ag. A. 1.40 einchl. 20 J. Ausdrucksgeb.; Einzelz. 10 J. Bei Nichterhalten der Zeit. inf. hoh. Gewalt ab. Betriebskör. behält sein Anrecht auf Lieferung. Drahtdruck: Tannenblatt. Fernruf 321.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig. Text millimeterzeile 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenschluß Nachsch. nach Preisliste. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 12

Altensteig, Montag, den 17. Januar 1938

61. Jahrgang

Wohin steuert Frankreich?

In Abständen von sechs bis zwölf Monaten ziehen sich gewöhnlich über Frankreich drohende Gewitterwolken zusammen, die in Form von Regierungskrisen auf das französische Volk niederprasseln. Wäre der Rücktritt des Kabinetts Chaumetemps nichts anderes als ein Ungewitter, könnte man es dabei bewenden lassen, ohne viel Aufmerksamkeit darauf zu verwenden. Aber der Rücktritt des zweiten Volksfront-Kabinetts reicht über die Wirkung eines landesüblichen Ungewitters beträchtlich hinaus. Er hat sich in einer Zeit ereignet, in der Frankreich eine tiefgehende soziale Krise durchläuft, und wirft deshalb Fragen auf, die das Wohl und Wehe unseres westlichen Nachbarn für längere Zeit bestimmen können. Frankreich steht am Scheidewege. Es wählt zwischen der endgültigen Abgabe an den Volksfront-Gedanken und erneuter Marginalisierung, zwischen Beibehaltung der gültigen Staats- und Wirtschaftsformen und dem langamen, aber sicheren Abgleiten in die proletarische Diktatur. Das eine würde bedeuten: Herstellung des Arbeitsfriedens und Ausschaltung der Strafe von der Beaufsichtigung der regierenden Gewalt mit allen Mitteln, das andere müßte zur Einführung einer Devisenbewirtschaftung und Wirtschaftskontrolle durch eine Neuausgabe gestützter Volksfront-Kabinette führen.

Der Entschluß Chaumetemps', seine von der Strafe ständig durchkreuzten Rettungsanstrengungen aufzugeben, wirft ein grelles Licht auf den gesellschaftlichen Riß, der das Frankreich von heute aufspaltet, auf den erbitterten Machtkampf, der seit dem „letzten Ruf nach links“ zwischen den traditionellen und revolutionären Gewalten ausgefochten wird. Auf der anderen Seite Ausparierung und Kapitalflucht, das sind die Waffen, die für den Machtkampf eingesetzt werden und nun seit bald zwei Jahren das Land erschüttern und zerrütten. Frankreich hat heute hinter dem Höhepunkt einer gewaltigen weltwirtschaftlichen Konjunktur noch eine um etwa 40 Prozent geringere Produktionsleistung als zur Zeit der letzten Depression. Das ist das traurige Erbe des zweijährigen sozialen und wirtschaftlichen Gefechtes.

Woran Chaumetemps scheiterte, das wird letzten Endes auch über das Schicksal des nächsten Ministerpräsidenten entscheiden: die Unvereinbarkeit der Volksfront mit der wirtschaftlichen und sozialen Gesundung und Befriedung. Chaumetemps' siebenmonatige Regierungszeit stellte unter diesen Gesichtspunkten den letzten Versuch dar, diese Vereinbarkeit zu erlangen, mit einem Volksfront-Kabinetten dem Lande das finanzielle Gleichgewicht und den sozialen Frieden wiederzugeben. Der Versuch ließ sich anfänglich vielversprechend an. Finanzminister Bonnet hatte die finanzielle Erbschaft seines sozialistischen Vorgängers Auriol größtenteils abgeschrieben, im Dezember einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt und das Wunder bewirkt, das Vertrauen des Kapitals bis zu einem gewissen Grade zurückzubekommen.

Indes, Gewerkschaftsführer Jouhaux und die Kommunisten machten dem Hohen Bonnets bald den Strich durch die Rechnung. Erneute Streiks, Fabrikbesetzungen, verbundene mit demagogischen Drohungen, machten die Kapitalbesitzer wieder kopfschüttelnd. Chaumetemps wollte das Uebel an der Wurzel fassen und mit den Vertretern der Arbeiterschaft und der Unternehmer einen geistlich verbindenden Arbeitskodex ausarbeiten. Der Versuch schlug fehl. Die Unternehmer weigerten sich, an den Vorbesprechungen überhaupt nur teilzunehmen, die Herr Jouhaux bereits in seiner Weise festgelegt hatte. Das Kapital sah erneut ins Ausland. Das Ergebnis siebenmonatiger mühseliger Kleinarbeit schien vernichtet.

Dann überschlugen sich, wie schon so häufig, in der erhitzen politischen Atmosphäre von Paris die Ereignisflut. Währungs- und Devisenkontrolle oder Devisenbewirtschaftung, diese Schlagworte wurden von der linken Seite als Forderungen in die Debatte geworfen, die allein retten und das schlichte Kapital und Gold im Heimatlande festhalten könnten. Hier aber „streckte“ Bonnet. Der Schüler Calliaux, des Finanzgewaltigen im Senat, der im Sommer das Kabinetten Blum maßregelte, weigerte sich, eine Devisenkontrolle einzuführen, die das internationale Abrechnungsabkommen zwischen Paris, London, Neuyork und Washington ebenso verletzte, wie die traditionelle Doktrin der französischen Finanzpolitik antastete. So scheiterte das zweite Volksfront-Kabinetten im Grunde an dem gleichen Erfolge wie das erste: An der Forderung nach außerordentlichen Vollmachten zur Deckung der kostspieligen Streiks und Geheiß der Herren am Blum und Thorez. Der Juni-Kampf Calliaux' mit Blum im Senat mag dramatischer gewesen sein, der Verzicht Bonnets und Chaumetemps nach einem Halbjahr seiner Anfangserfolge mutet tragischer an.

Wohin steuert Frankreich? Die Zukunft des Landes ist dunkel. Frankreich ist, wie die Opposition durch Paul Renaud und jüngst ausgesprochen, „an einem Punkt angekommen, wo man alle Krisen gleichzeitig lösen muß, die wirtschaftliche, finanzielle und währungspolitische Krise, die Krise keiner Allianzen, die Krise der nationalen Verteidigung.

Kabinettsbildung durch Blum

Auch Bonnet lehnte ab — Blum will ein erweitertes Volksfront-Kabinetten bilden

Léon Blum an der Reihe

Paris, 16. Jan. Am Samstag hatte man noch keinerlei Überblick über die Aussichten der Verhandlungen Bonnets zur Lösung der Ministerkrise. Die Mehrheitsverhältnisse in der Kammer, die an sich klar sind, da eine Volksfrontmehrheit von den Radikalsozialisten bis zu den Kommunisten besteht, genügen zur Beurteilung der Lage nicht. Diese Volksfrontmehrheit ist nämlich nicht einheitlich. Die Spannung zwischen den äußersten Voten, den Radikalsozialisten und den Kommunisten, ist stark gestiegen. Dadurch werden die Verhandlungsaussichten einer gerade so politisch deutlich gezeichneten Persönlichkeit, wie Bonnet es ist, erschwert.

Finanzminister Bonnet hat sich abends ins Elisee begeben. Er erklärte den anwesenden Pressevertretern, daß er dem Staatspräsidenten eine zusagehafte Antwort überbringe. Bonnet nimmt also endgültig den ihm übertragenen Auftrag zur Kabinettsbildung an.

Die radikalsoziale Kammergruppe hat im Anschluß an eine Sitzung eine Entschließung angenommen, in der sie Bonnet für die Regierungsbildung vollen Erfolg wünscht. Weiter gibt die Kammergruppe dem Wunsch Ausdruck, daß die kommende Regierung Bonnet mit den gleichen politischen Mitarbeitern wie die vorige Regierung arbeiten möge.

Bonnet hat wegen der zahlreichen Schwierigkeiten bei seinem Besuch, am Samstag die Regierung zu bilden, auf weitere Bemühungen verzichtet.

Wie verlautet, hat der Präsident der Republik den Sozialdemokraten Léon Blum zu sich gerufen.

Blum hatte Sonntagvormittag zwei Unterredungen mit dem Präsidenten der Republik, von denen die letzte 20 Minuten dauerte. Léon Blum lehnte jedoch Erklärungen ab. Wie verlautet, besprach er sich in der Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Besuch des Staatspräsidenten mit dem Kammerpräsidenten Herriot und dem letzten Innenminister Mary Dormag.

Léon Blum beauftragt

Paris, 16. Januar. Um 19.35 Uhr MEZ. verließ Léon Blum das Elisee, das er zu einer dritten Besprechung mit dem Präsidenten der Republik aufgesucht hatte, mit der Bemerkung: „Der Präsident der Republik hat mich mit der Kabinettsbildung betraut. Ich werde versuchen, diesen Auftrag auszuführen.“

„Mitarbeiter“ der Kommunisten von Blum gewünscht
Paris, 16. Januar. Ueber die Absichten Léon Blums bei der Bildung seines „erweiterten Volksfront-Kabinetts“

oder, wie man auch sagt, einer „links ausgerichteten nationalen Einigung“ verlautet zunächst, daß er sowohl Vertreter der kommunistischen Partei als auch ausgesprochen republikanisch gestimmte Vertreter der Mitte zur Mitarbeit heranziehen wolle. Unter letzteren nenne man den Abgeordneten Paul Renaud, früheren Finanz- und Kolonialminister.

Erweiterung der Volksfront-Basis?

Nächtliche Verhandlungen in Paris

Paris, 17. Januar. Léon Blum hat am Sonntagabend französischer Zeit Vertretern der Presse u. a. erklärt: Ich unternehme etwas Schweres. Ich halte es unter den gegebenen Umständen für notwendig, nach innen den Eindruck des sozialen Friedens und nach außen den der nationalen Kraft zu geben. Deshalb versuche ich eine Art politische „Matignon-Abkommen“ (Matignon-Abkommen wurden die ersten sozialen Geheiß der Volksfront-Aera genannt. — Die Schriftlitz.) zu verwirklichen. Ich möchte eine Art nationale Sammlung rings um die Volksfront zustandebringen, was praktisch auf den Wunsch hinausläuft, zu den Vertretern aller Volksfrontparteien Männer heranzuziehen, die bisher zur Opposition gehörten. Ich habe im Laufe des Abends mit Lafadit, Paul Renaud und den kommunistischen Abgeordneten Thorez und Duclos gesprochen sowie mit Delbos und Chaumetemps und gedachte noch im Laufe der Nacht mit Albert Sarraut zu verhandeln.

Léon Blum will „erweitertes Volksfront-Kabinetten“

Paris, 16. Januar. Léon Blum erklärte vor der sozialdemokratischen Kammergruppe, er wolle ein „erweitertes Volksfront-Kabinetten“ bilden. Er bitte seine Parteifreunde, ihm volles Vertrauen zu schenken bis Montagabend. Dann werde er vor dem Landesrat der sozialdemokratischen Partei über seine Verhandlungen mit den Parteiführern berichten.

Montagabend Ministerliste?

Léon Blum hofft, seine Ministerliste Montagabend dem Landesrat seiner Partei unterbreiten zu können.

Renaud hat in den Wandelgängen der Kammer erklärt, daß er unter den gegebenen Umständen einem Kabinetten keine Hilfe nicht verweigern würde, das alle Parteien umfasse, von den Kommunisten bis zur republikanischen Vereinigung (Marin); doch scheint es, daß Abgeordneter Renaud wenig Neigung zeigt, einer Regierung seine Mitarbeit zu leisten, der nur die Ausweitung nach der kommunistischen, nicht aber nach der rechten Seite gelänge.

Neue Jugend in neuen Schulen

Grundsteinlegung für die Adolf-Hitler-Schulen

Waldbröl, 16. Jan. Am Samstag fand in Waldbröl die feierliche Grundsteinlegung zur Adolf-Hitler-Schule des Gaues Rdn-Nachen statt. Gleichzeitig damit wurden die Grundsteine für neun weitere Adolf-Hitler-Schulen im Reich gelegt und zwar in Koblenz (Gau Koblenz-Krieger), Landstuhl (Gau Saar-Pfalz), Mittenwald (Gau München-Oberbayern), Hesselberg (Gau Franken), Weimar (Gau Thüringen), Schmiedegraben bei Plauen (Gau Sachsen), Potsdam (Gau Kurmark), Heiligenbamm (Gau Mecklenburg), Tilsit (Gau Ostpreußen).

Der Festakt in Waldbröl, wo Reichsorganisationsleiter Dr. Ley und der Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur von Schirach, sprachen, wurde über alle deutschen Sender übertragen. 5540 Mann waren auf dem Platz angetreten. Im Mittelpunkt stand die Jugend, SA, SS, BDM und Himpfe.

Reichsjugendführer Baldur von Schirach führte dabei u. a. aus: Jede große Bewegung spiegelt sich in einem erzieherischen System. Unsere Bewegung legt an diesem Tage nicht nur den Grundstein zu neuen Bauten; sie verkündet gleichzeitig das System der nationalsozialistischen Erziehung. Es sind nur einige Schulen, die im Rahmen dieses erzieherischen Wertes geschaffen werden, aber sie werden in ihrem Ausmaß und zwar sowohl in ihrem baulichen als auch in ihrem erzieherischen Ausmaß ein Neues darstellen.

Jede dieser Krisen verschlimmert die anderen. Man muß sie laut verkünden. Nur so kann man das Land retten. Wie kann man die im Streit liegenden Klassen von ihren Einzelinteressen ablenken, wenn man ihnen nicht ein höheres, alles beherrschendes Interesse zeigt. Ich verlange die französische Einmütigkeit, um den Zusammenbruch zu vermeiden!“

Die Entscheidung, die wir in diesem Wendepunkt der Erziehung zu erfüllen haben, ist die Entscheidung zwischen der Seele und dem kalten Intellekt. Wir Nationalsozialisten leugnen nicht die Macht des Wissens, aber wir dienen ihr nicht, sondern wir befehlen ihr. Was die Jugend auf unseren Schulen lernt, das soll sie nicht zu zweifeln und damit zu Schwächlingen machen. Die nur jede gute Tat die feige Frage nach ihrer Rentabilität sehen. Was in den Schulen Adolf Hitlers heranwächst, wird den Glauben an das Unmögliche erwerben. Die Waffen des Intellekts werden dieser Generation gegeben, und zwar die härtesten und härtesten, aber sie sollen nicht um ihrer selbst willen zu einem törichten und verberblühen Scheingefecht untereinander gebraucht werden, sondern einer höheren Idee dienen, so wie wir heute alles, was Deutschland an geistiger Kraft beibringt, in den Dienst eines guten Glaubens stellen, der uns glücklich macht. So ist diese Stunde bedeutungsvoll, wenn auch das, was hier geschieht, nichts mit Schulreformen, ja eigentlich nichts mit der Schule im herkömmlichen Sinne zu tun hat. Wir haben nichts Besseres reformiert, sondern ein Neues begonnen.

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley sagte u. a.: Was fanden wir vor als Schule für unsere Weltanschauung? Nichts, weder materiell noch organisatorisch war es vorhanden, was wir hätten verwenden können. Keine Gebäude, keine Lehrmittel und nicht einmal eine Ahnung davon, wie man die Schule der NS-DAF ausbauen muß, aus der der Führernachwuchs kommen kann! Mit diesen Fragen gingen wir ans Werk. Und jetzt schon leben wir den Weg klar vor uns gezeichnet. Drei stolze Ordensburg sind bereits im Bau und geben der Vollenbung entgegen. Heute legen wir den Grundstein für zehn Adolf-Hitler-Schulen in zehn Gauen, und in diesem Jahre noch wird die hohe Schule als die Vollenbung dieses ganzen Schulungssystems der Partei begonnen werden.



